Heute „Welt-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

rscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Moden-piegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1.25 RM einschließlich Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschließl. Postaufschlag zw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Deutsch-Oester-eich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 220
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Sonntag, 10. Mai 1925

Die Fahne.

T. W. Als man in Weimar beschloß, auf dem Dache des publikanischen Neubaues die schwarzrotgoldene Fahne ufzuziehen, gehörte ich zu denjenigen, die in einem Farbenwechsel ne überflüssige Erschwerung der Staatserneuerung sahen, und och nach der Niederwerfung der Kapp-Rebellion habe ich die nsicht vertreten, die Republik solle nunmehr in einer Sieges-er die alte Fahne zur republikanischen Volksfahne weihen. ar es nicht eine unpraktische Tollkühnheit, in einer Zeit, wo uch und Geld fehlten, die Beflaggung ändern zu wollen — ußte man nicht mit Trägheit und Sparsamkeit ebenso wie it achtungswerten Gefühlen rechnen — hatte die englische Re-volution nicht die pittoresken Attribute und sogar die Perrücken r Vergangenheit bestehen lassen — war die frische Farbe der ntschließung nicht wichtiger als die Farbe eines Wimpels, und as half es, eine Aeußerlichkeit zu ändern, während äußerlich d innerlich so unendlich vieles vom Geiste der Gerümpel-mmer unangetastet blieb? Solche Erwägungen waren not-endig, und mancher ist damals mit Zweifeln herumgegangen. er wenn die schreibenden und redenden Agenten der reaktio-ren Geschäftsfirmen, die in den Tagen der Revolution sich ttergeben duckten, es so hinstellen, als ob man jenen Entschluß schäbiger Pietätlosigkeit, würdelos und ohne nationales Emp-den gefaßt habe, so ist das eine jener Lügen, die erfunden rden sind, um dumme Weibsbilder in Röcken und Hosen auf-reizen und Bierbankseelen zu entflammen. Unter den Abge-oneten der Nationalversammlung, die für die edle schwarzrot-dene Fahne warben, waren die besten Patrioten, Männer ne engen Parteifanatismus, mit warmem, vorurteilsfreiem rständnis für alle wirklichen Ehrensäulen der Tradition. Noch ngte in den Straßen der Städte die rote Fahne, die Fahne Volksentzweiung und des Klassenkampfes, und es galt, in em vom Feinde bedrängten Lande Bürger und Arbeiter ter einem gemeinsamen Zeichen zu einigen, die arbeitenden ssen von dem roten Bande loszulösen und für den Staat zu vinnen. War diese Wiederherstellung der Volkseinheit, diese eitigung der blutroten Bürgerkriegsspuren nicht patrio-h und nicht vielleicht doch ein Fahnenopfer wert? Und dar-r hinaus ging der Gedanke, auf dem von der Monarchie lassenen Trümmerfelde eine noch größere, weitere Volks-heit aufzubauen, dem tief verwundeten, kostbarer Glieder be-bten Lande neue Kraft anzufügen, Großdeutschland zu ffen und durch Entfaltung der von den österreichischen Ab-ndten begehrten, einst schon von Deutschen und Oesterreichern soviel Hoffnung und Liebe begrüßten Fahne die Rütlitat zu ziehen. Sechs Jahre sind seither vergangen. Während die ublik gearbeitet hat, das deutsche Volk durch sie aus dem raft der kaiserlichen Kriegskatastrophe allmählich, unter un-baren Schwierigkeiten und Gefahren, wieder auf festen Boden hrt wurde, haben die Katastrophenmacher gewühlt, geschmäht , wo irgend sie konnten, das Aufbauwerk gehindert, und mit nderem Eifer sind sie bemüht, das sichtbare Symbol des fassungsstaates zu beschimpfen und zu bespeien. Schreibende redende Helden, die beim Ausbruch der Revolution sich tief der roten Fahne verbeugten, höhnen mit armseligem Witz e über „schwarzrotgelb". Wir haben gesehen, daß im letzten lkampf ordinäre Schmierfinken, denen auch „Mostrich" nicht r genügte, ein Wort aus dem Abort holten, und derbe Na-n könnten es ihnen zurückgeben, wie es der General bronne bei Waterloo den anstürmenden feindlichen illonen entgegenwarf. Nun gut, je mehr Kot auf Fahne geworfen wurde, desto reiner erschien sie und je dreister Bubenhände an ihr zerren, desto entschie-r halten wir sie fest. Das ist keine Romantik, keine Don-hotterie, kein Rückfall in Prestigeprotzereien, sondern es er-sich aus der realpolitischen Notwendigkeit, einer staats-lichen Kampffront gegenüber alle diejenigen zu sammeln, ich als selbständige, gereifte, dem Gängelbande entwachsene tsbürger fühlen und sich offen, ohne Zweideutigkeit, zu m Staate bekennen.

eit einigen Wochen spricht man in England, in Frank-, in Italien und in der Tschechoslowakei ziemlich viel vom chluß Oesterreichs, und diese Frage, die man in ailles abgewürgt, unter einem dicken Felsblock für immer ft zu haben glaubte, drängt wieder an das Licht. Man indet keine Reue über jene Heuchelei, mit der man das tbestimmungsrecht der Nationalitäten proklamierte und Deutschösterreichern die freie Ausübung dieses Rechtes rsagte, aber die Erkenntnis, daß Wien durch dieses tyran-Verbot dem Siechtum und dem Verfall unrettbar über-t werde, breitet sich aus. Der dünne Goldquell des erbundes versickert in einem Boden, der zur Unfruchtbar-verurteilt wurde, und keine herumdokternde Weisheit aus der falschen Rechnung etwas anderes heraustüfteln en vollständigen Bankrott. In Italien, dessen Einigung in Deutschland froh begrüßt wurde, erklärt der Fascismus, einzige ausländische Freund der deutschen Rechtsgruppen, heftig gegen den Zusammenschluß, in Prag sucht Metternichling Benesch ablenkende Lösungen, in Paris, wo Stimmen der Gerechtigkeit und der Vernunft hörbar en, sträubt der „Temps" wie ein aufgeregter Truthahn Gefieder und zweifellos wird all' dieser Widerstand das österreichische Elend noch eine Weile lang dauern lassen, aber schon die Diskussion ist wertvoll und der Felsblock, den man auf die Gruft gewälzt hatte, wird eines Tages ins Rutschen kommen. Mit Interesse haben wir jetzt in einem Blatte des Hugenberg-Konzerns gelesen, in Oesterreich werde der Anschluß vor allem von den Elementen betrieben, die dem deutschen Nationalismus geistesverwandt sind, und um die schwarzrotgoldene Fahne kümmere sich dort niemand mehr. Es gibt ein Publikum, das auch solche Offen-barungen gläubig und ohne das leiseste kritische Bedenken hin-unterschluckt und auf des Meisters Worte schwört. Indessen, im österreichischen Nationalrat sitzen zweiundachtzig Christlich-soziale, Waffengenossen des deutschen Zentrums, und achtund-sechzig Sozialdemokraten, und die Großdeutschen, deren Rede-schwung deutschnational ist, haben es nur auf zehn Sitze ge-bracht. Der österreichische Bundesrat setzt sich aus fünfund-zwanzig Christlichsozialen, einundzwanzig Sozialdemokraten und einem großdeutschen Pärchen — zwei Köpfen — zusam-men. Muß man erst beweisen, daß die Freunde der deutschen Reaktion eine etwas unbeträchtliche Rolle spielen, und muß man daran erinnern, daß der Sozialdemokrat Ludo Hart-mann, mit der schwarzrotgoldenen Fahne in der Hand, der unermüdliche, begeisterte Bahnbrecher des Anschlußgedankens war, daß die Renner und Bauer heute diese Fahne Groß-deutschlands hochhalten, und daß in Berlin der Sozial-demokrat Löbe als Präsident des deutsch-österreichischen Volks-bundes die Bewegung führt? Aber die zeugungsschwachen Herren vom Rechtsblock möchten in dem Augenblick, wo eine günstige Wendung sich ankündigt, die großdeutsche Idee für sich mit Beschlag belegen, und es ist ja ihre Gewohnheit, die Früchte pflücken zu wollen, die auf anderen Beeten gewachsen sind. „Aus unserer Fahne Schwarz-Weiß-Rot, da stahlen sie uns das Weiße," heißt es in ihrer Latrinen-poesie mit dem stark duftenden Reim. Im Aneignen, um ein galanteres Wort zu gebrauchen, entwickeln sie ein unbestreit-bares Talent. Sie haben sich die Ergebnisse der republikani-schen Aufbaumühen angeeignet und sie eignen sich aus dem deutschen Geistesbesitz das ihnen Fremdeste an. Sie schleppen die freiesten Denker in ihre deutschnationale Hürde, bemäch-tigen sich Fichtes, der gegen die „Habsucht und Herrschsucht der Fürsten" gesprochen, von der deutschen Nation gesagt hat, daß sie als „einzige unter den neu-europäischen Nationen die republikanische Verfassung zu ertragen vermöge", und in seinen Fragmenten, diesem „politischen Vermächtnis", Fürsten und Adel mit zerschmetternden Kraftausdrücken als Hinder-nisse wahrer nationaler Entwicklung angeprangert, „die ge-wöhnliche Adelsehre, Treue gegen einen Herrn" in Unter-schätzung der selbstsüchtigen Motive „Tugend des Hundes" ge-scholten hat, und vor kurzem adoptierten sie, um ihn gegen den Marxismus auszuspielen, sogar Lassalle. Falls im August das Ruhrgebiet geräumt werden sollte, werden sie dieses Ver-dienst des Kabinetts Marx für sich beanspruchen und auch die großdeutsche Idee wäre ihnen in ihrem Trophäen-saale sehr willkommen. Unfreundlich nannte Walesrode, der publizistische Kamerad der Ziegler und Waldeck, die Leute, die sich aus den Resten des Jahres 1848 ein schmuckes Mäntel-chen machten, „Erbschleicher der Revolution".

In öde Geschichtsklitterung würde man hineingeraten, wenn man das Doktorthema erörtern wollte: welche Folgen für die Entwickelung der europäischen Politik hätte die recht-zeitige Lösung des großdeutschen Problems gehabt? Aber gar keine Geschichtsklitterung, sondern historische Wahrheit ist es, daß diese Lösung nicht gefunden werden konnte, solange hier die Hohenzollernmonarchie, dort die habsburgische bestand. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß diese beiden Dynastien die Barriere nicht beseitigen, nicht antasten lassen konnten, die den einen deutsch sprechenden Volksteil vom anderen schied. Das dynastische Interesse zerschnitt die von der Natur bestimmte Gemeinsamkeit. Was also haben die Gläubigen und die Hohepriester des monarchistischen Tempels mit der großdeutschen Idee zu tun? Wann hätten ihre Vor-gänger für diese Idee gekämpft und gelitten, und wann hätten sie nicht ihre Hand dazu geboten, den Einigungswillen an die Kette zu legen und im Dienste des dynastischen Dogmas niederzuzwingen? Der großdeutsche Einheitsgedanke ist un-trennbar vom republikanischen Staatsgedanken, unvereinbar

Neue Verzögerung in Paris.

Keine Ministerratsbeschlüsse zur Räumungs- und Garantiefrage.

Die Botschaftersitzung wahrscheinlich abermals verschoben.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. Mai.

Der offizielle Bericht über den heutigen Ministerrat ist eine Ueberraschung. Während die hiesigen Zeitungen, auch noch die Mittagsblätter, ankündigten, daß die Erklärungen Painlevés und Briands über die beiden Noten an Deutschland den größten Teil der Beratungen ausfüllen würden, ist über diese Frage in dem Communiqué überhaupt nichts gesagt. Der Bericht lautet: „Die Minister und Unterstaatssekretäre haben heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue eine Beratung gehabt. Von 10 bis 12 Uhr wurde die Sitzung beinahe vollständig durch die Auseinandersetzung über die finanzielle Lage ausgefüllt. Der Ministerrat hat die Erklärungen des Finanzministers und die Vorschläge, die er der Kammer vorlegen wird, gebilligt. Der Finanzausschuß der Kammer wird Herrn Caillaux am Dienstag hören. Erst nach dieser Ausschußsitzung werden die Vorschläge des Finanzministers veröffentlicht werden." Nach diesen Angaben, die mit den Ankündigungen einiger Morgenzeitungen direkt im Widerspruch stehen — denn es war gesagt worden, daß Caillaux seine Erklärungen wahrscheinlich in einer späteren Sitzung vorbringen würde! — folgen einige Mitteilungen über die Sachlieferungen an Eisenbahnmaterial als Reparationsleistung und über die Vorkehrungen für den 10. Mai. Dies Communiqué erregte bei den wartenden Journalisten Verwunderung und jeder Minister, der den Ministerrat verließ, wurde mit Fragen bestürmt. Als erster verließ Caillaux das Elysée. Er erklärte: „Ich kann über meinen Entwurf vor dem nächsten Dienstag nichts sagen und noch viel weniger über andere Fragen sprechen, die nicht zu meinem Ressort gehören. Ich kann nur mitteilen, daß die Minister sämtlich mit meinen Vorschlägen einverstanden sind und daß ich ermächtigt bin, zu jedem einzelnen Punkt die Vertrauensfrage zu stellen. Zehn Minuten später kam der Ministerpräsident Painlevé, der folgendes ausführte: „Ich werde beständig über alles, was in Marokko vorgeht, unterrichtet," sagte er, „es ist nicht unnütz, immer wieder zu erklären, daß wir an keine Eroberung, sondern an Abwehr denken. Wir müssen die Leute, die in unsere Zone eingedrungen sind, wieder heraus haben. Im Augenblick ist die Lage stabilisiert. Eine größere Operation ist erst in einigen Tagen zu erwarten. Erst müssen alle Verstärkungen getroffen sein, damit wir den Eindringlingen eine fühlbare Lehre erteilen können. Sie können in ihren Zeitungen erklären, daß unser Vorgehen in vollem Einverständnis mit Spanien und England erfolgt." Als letzter verließ **Briand** das Elysée. Er antwortete auf die Frage: „Ich habe **heute nur im allgemeinen über die beiden Fragen der Abrüstung und der Sicherheit gesprochen.** Die Einzelheiten will ich im nächsten Ministerrat auseinandersetzen, der am Dienstag stattfindet." Da am Dienstag bereits die Botschafterkonferenz über die Note an Deutschland beraten sollte und da von der Abrüstung und von der Räumung Kölns gesprochen werden muß, bedarf die Aeußerung Briands noch einer näheren Erläuterung. Es wird davon gesprochen, daß die Differenzen mit England noch nicht beigelegt sind und weitere Bemühungen um einen Kompromiß gemacht werden. Es wird auch erzählt, daß am Quai d'Orsay eine deutsche Antwort oder eine deutsche Erklärung erwartet werde: aber für beide Gerüchte ist eine Bestätigung nicht zu erlangen. Das „Journal des Débats" teilt mit, daß die **Botschafterkonferenz wahrscheinlich am nächsten Dienstag ihre Sitzung nicht abhalten kann.** Die Botschafterkonferenz werde den Eindruck abwarten, den das französische Memorandum in London und in den anderen Hauptstädten der Verbündeten gemacht hat, und dann erst über die Antwort an die Reichsregierung beraten.

Briands Verhandlungsprogramm.

Eine offiziöse Erklärung.

Paris, 9. Mai. (W. T. B.)

Wie „Havas" heute abend berichtet, bestätigt es sich, daß die französische Regierung den **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zur Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen über das deutsche Anerbieten eines Sicherheitspaktes** machen werde. Eine endgültige Verständigung könne indessen erst nach erfolgter Zulassung Deutschlands in Genf erfolgen. Der Sicherheitspakt dürfe selbstverständlich keine Klauseln enthalten, die mit den Friedensverträgen in Widerspruch stehen. Vor der Einleitung von Verhandlungen mit Deutschland behalte sich Frankreich das Recht vor, sich mit England und Belgien über die wesentlichen Klauseln des mit Deutschland einzugehenden Paktes ins Einvernehmen zu setzen. Die Entwaffnungsfrage werde die Botschafterkonferenz erst kommenden Mittwoch besprechen können, da der französische Ministerrat erst am Dienstag hierüber beraten werde. Man sehe voraus, daß eine Lösung ziemlich leicht sein werde, denn England und Frankreich seien schon jetzt über das einzuschlagende Verfahren einig.